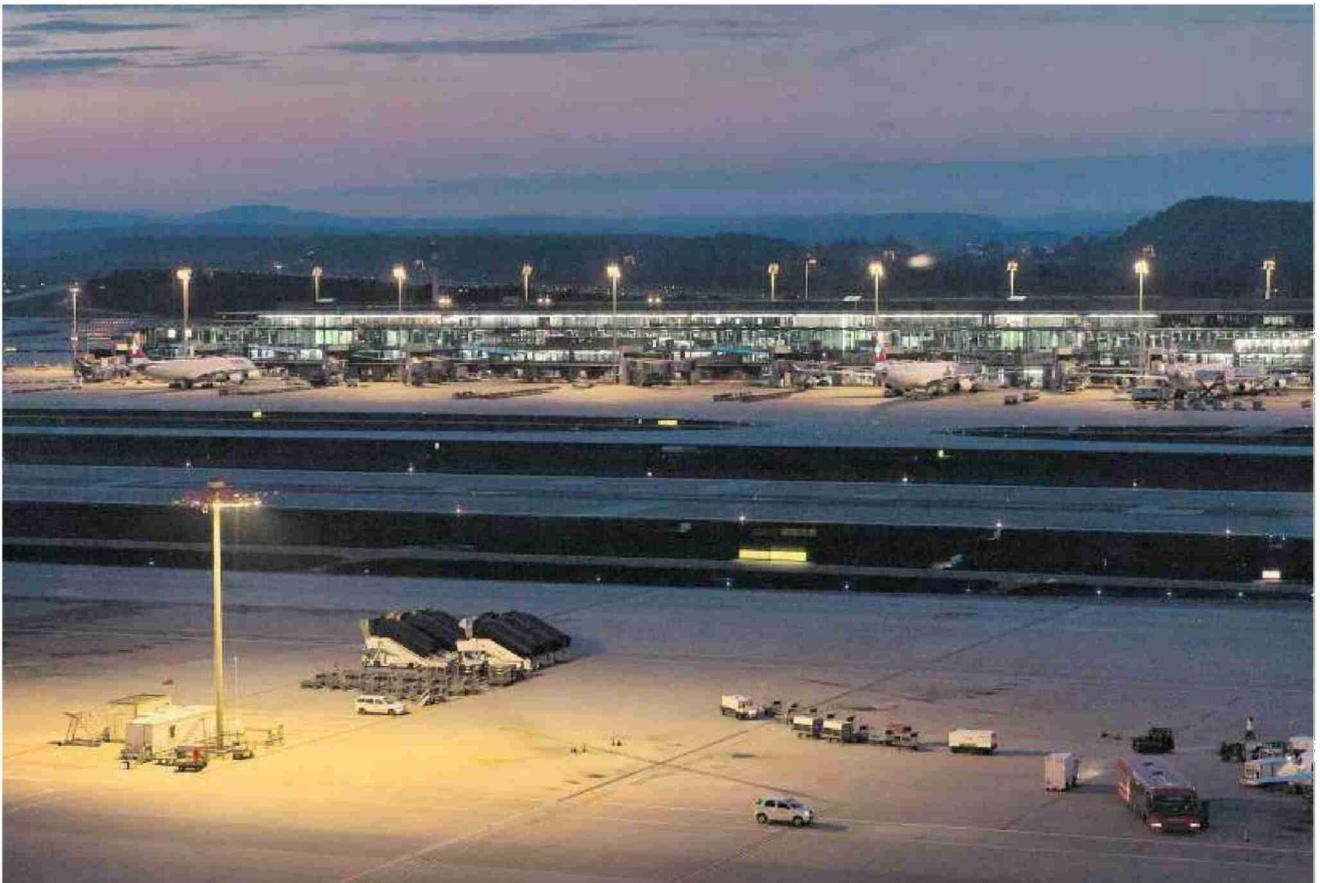


Wieder ein Fall für das Bundesgericht?

Mit klarer Mehrheit befürwortet der Zürcher Kantonsrat die Volksinitiative «Pistenveränderungen vors Volk»



Der Flughafen Zürich vom Skyguide-Towers aus. Im Scheinwerferlicht der Politik stehen Pistenausbauten.

Neue Zürcher Zeitung

Der Kantonsrat spricht sich für das negative Referendum aus: Zu Verlängerungen der Pisten am Flughafen Zürich soll das Volk in jedem Fall das letzte Wort haben. Grüne und AL kündigen an, Beschwerde beim höchsten Gericht einzulegen.

ANDREAS SCHÜRER

Staatspolitische Grundsatzfragen mit Flughafenpolitik zu verknüpfen, das garantiert eine lebhafte Debatte. Die hat es am Montag im Zürcher Kantonsrat denn auch gegeben: Das Parlament befand über die Volksinitiative «Pistenveränderungen vors Volk», die das Komitee «Pro Flughafen» lanciert hatte. Die Initianten verlangen eine Anpassung des Flughafengesetzes. Heute sind Beschlüsse des Kantonsrats zu Verlängerungen der Pisten am Flughafen Zürich nur referendumsfähig, wenn diese positiv ausfallen – und der Ausbau folglich stattfinden soll. Neu soll im Gesetz aufgenommen werden, dass das Volk in jedem Fall das letzte Wort hat. Faktisch würde so ein negatives Referendum eingeführt. Auch wenn der Kantonsrat ein Ausbaugesuch ablehnen würde und dieses nach heutigem Recht vom Tisch wäre, könnte neu eine Volksabstimmung verlangt werden.

Der Kantonsrat hat die Initiative mit 123 zu 48 Stimmen unterstützt. Gegen sie sprachen sich nur Grüne, GLP, EVP und AL aus. Wird nicht das Referendum beschlossen, tritt die Anpassung in Kraft, ohne dass es zu einer Volksabstimmung kommt. Und ein Referendum zeichnet sich nicht ab. Thomas Hardegger, Präsident des Schutzverbands der Bevölkerung, sagt etwa, dass die betroffenen Gemeinden die Kräfte auf den Widerstand gegen ein konkretes Ausbauprojekt fokussierten. Dieses zeichnet sich bereits ab: Der Bund drängt auf Verlängerungen der Pisten 28

und 32. Die laufende Gesetzesanpassung ist für Hardegger zwar unnötig und willkürlich, der Kampf dagegen aber schwierig zu führen. Ähnlich argumentiert Georg Brunner, Präsident des Vereins Bürgerprotest Fluglärm Ost (BFO). Die Initiative bedeute zwar eine Entmachtung des Kantonsrats, das BFO werde sich nun aber nicht gegen mehr demokratische Mitsprache des Stimmvolks ins Zeug legen. Umso stärker werde sich sein Verein dann aber engagieren, wenn der Osten mit Pistenausbauten stärker belastet werden solle.

Ganz ohne Turbulenzen wird die Anpassung des Flughafengesetzes indes nicht auf den Boden kommen. Esther Guyer, Fraktionschefin der Grünen, kündigte auf Nachfrage den Gang ans Bundesgericht an, das in letzter Zeit im Zusammenhang mit der Kulturlandinitiative und dem Seeuferweg zweimal gegen den Kantonsrat entschied. Willkürlich in einem Einzelfall ein negatives Referendum einzuführen, sei nicht zulässig, sagt Guyer. Dies sieht auch AL-Fraktionschef Markus Bischoff so. In der Kantonsverfassung seien Referenden gegen negative Beschlüsse des Kantonsrats zwar nicht ausgeschlossen; an der fraglichen Stelle sei nur von Beschlüssen die Rede. Dies sei aber höchstwahrscheinlich dem Umstand geschuldet, dass keiner auf die laut Bischoff absurde Idee gekommen sei, dass negative Beschlüsse mitgemeint seien. Eine bundesgerichtliche Klärung hält er für angezeigt – zunächst sei nun allerdings das Ende des politischen Prozesses abzuwarten.

Der juristische Weg sei kaum erfolgversprechend, meint Alain Griffel, Staatsrechtsprofessor an der Universität Zürich. Er halte die Gesetzesänderung für rechtlich unbedenklich, sagt er auf Anfrage, und zwar sowohl aus Optik des Bundesrechts als auch aus jener des kantonalen Rechts. Die Bundesverfassung lasse den Kantonen einen weiten Spielraum, was die Ausgestaltung der

politischen Rechte auf kantonaler und kommunaler Ebene anbelange. Entsprechend gross sei die Vielfalt in den Kantonen. Mit Blick auf das laut Kantonsverfassung zulässige fakultative Referendum könne ein solches zwar durchaus problematisch sein, wenn es sich gegen einen ablehnenden Beschluss des Parlaments richte. Sage das Volk nämlich Nein zu einem Nein des Kantonsrats, hiesse das nicht zwingend Ja zu etwas Bestimmtem, was unter dem Aspekt der unverfälschten Willenskundgabe heikel sei. Im vorliegenden Fall sei aber klar geregelt, dass bei einem Nein des Volks zu einem Nein des Kantonsrats automatisch die Haltung des Regierungsrats zum Tragen komme. In einem konkreten Fall würde das bedeuten, dass die Zustimmung zu einem Pistenausbauprojekt klar sei, weil ohne ein Ja des Regierungsrats das Geschäft gar nicht erst in den Kantonsrat gekommen wäre.

In der Ratsdebatte sprach Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh von einer Lücke in der Gesetzgebung, die geschlossen werde. Auch Olivier Hofmann (fdp.) strich hervor, dass ein Missstand behoben werde, wenn das Volk mehr Mitspracherechte erhalte. Robert Brunner (gp.) meinte, hier gehe es nicht um den vorgeschobenen Ausbau von Volksrechten, sondern um die Taktik «Divide et impera»: Die Regionen würden gegeneinander ausgespielt, um die Expansionspläne des Flughafens durchzusetzen. Christian Lucek (svp.) hielt dagegen, dass wegen des lauten Kampfs der diversen Schutzverbände der volkswirtschaftliche Nutzen des Flughafens nicht vergessen werden solle. Ruedi Lais (sp.) begründete die Zustimmung der SP unter anderem so: «Wir wollen die Debatte über das Wachstum des Flughafens führen – Angst vor den Stimmbürgern haben wir dabei keine.»

Neue Zürcher Zeitung

Aus der Sitzung des Kantonsrats

Nachtruhe. In zwei Postulaten fordern SP und Grüne eine striktere Nachtruhe am Flughafen Zürich. Der Regierungsrat solle zum einen die Nachtruhe auf 23 Uhr begrenzen und zum anderen auf eine markante Gebührenerhöhung für Flüge nach 22 Uhr hinwirken. Der Kantonsrat lehnt beide Postulate ab, und zwar mit 103 zu 69 beziehungsweise 102 zu 69 Stimmen. Neben SP und Grünen ist nur die GLP dafür.

Veloabstellplätze. SP, GLP und GP fordern den Regierungsrat auf, die im Zuge des Sanierungsprogramms 04 gestrichene Unterstützung für Veloabstellplätze wieder zu gewähren. Mit 95 zu 73 Stimmen lehnt der Kantonsrat dies ab. asü.